
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

DR. NAAS/PROMNY: HESSENS SCHULEN BRAUCHEN EIN UPDATE

22.08.2023

- **Umfrage belegt Unzufriedenheit der Hessinnen und Hessen mit dem Bildungssystem**
- **Unterricht muss digitaler und moderner werden**
- **Freie Demokraten wollen ökonomische und informatische Bildung stärken**

Die Freien Demokraten im Hessischen Landtag sind überzeugt: „Hessens Schulen brauchen ein Update: Der Unterricht muss digitaler und moderner werden, damit die Schülerinnen und Schüler die Herausforderungen der Zukunft meistern können. Leider hat aber Schwarz-Grün seine Hausaufgaben nicht gemacht und die Probleme der Bildungspolitik nicht gelöst. Sie werden die hessischen Schulen auch im Schuljahr 2023/24 beschäftigen“, sagt Dr. Stefan NAAS, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Freien Demokraten im Hessischen Landtag. Er hat heute bei einer Pressekonferenz mit Moritz PROMNY, dem bildungspolitischen Sprecher der Fraktion, und Stefan Wesselmann, dem Landesvorsitzenden Hessen des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), die Ergebnisse einer [Umfrage](#) zur Zufriedenheit der Hessinnen und Hessen mit dem Bildungssystem vorgestellt und bildungspolitische Forderungen erhoben.

„Gut 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sind unzufrieden mit dem Bildungssystem, knapp 79 Prozent sehen den Stand der Digitalisierung an hessischen Schulen als rückständig an, und 74 Prozent sprechen sich für eine Modernisierung des Unterrichts, zum Beispiel durch verpflichtenden Informatik-Unterricht, aus“, fasst Naas die Ergebnisse der Umfrage zusammen, die das Institut Civey im Auftrag der Fraktion der Freien Demokraten durchgeführt hat. „Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache. Nach Überzeugung von uns Freien Demokraten braucht es eine Modernisierung der Lerninhalte, um die jungen Menschen auf den Arbeitsmarkt von morgen vorzubereiten.“

Leider sind ökonomische und digitale Bildung aktuell aber nicht ausreichend“, erläutert Naas, der auch wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion ist.

„Solide Kenntnisse über ökonomische Zusammenhänge gewinnen in Zeiten von Digitalisierung, Globalisierung und demografischem Wandel zunehmend an Bedeutung. Deshalb muss ökonomische Bildung einen höheren Stellenwert bekommen“, betont Naas. Konkret fordern die Freien Demokraten eine Stärkung der Themengebiete Wirtschaft und Finanzen im Unterrichtsfach „Politik und Wirtschaft“. „Schülerinnen und Schüler sollen ein Grundverständnis über das Zusammenwirken von Unternehmen, privaten Haushalten und dem Staat in einer funktionierenden sozialen Marktwirtschaft entwickeln.“ Ebenso brauche es mindestens einen wirtschaftsdidaktischen Lehrstuhl an einer hessischen Hochschule, um Studierende besser als Lehrkräfte für Wirtschaft auszubilden.

„Da die Kinder und Jugendlichen in einer digitalisierten Welt aufwachsen, brauchen sie auch Kompetenzen, um sich in dieser zurechtzufinden und sie aktiv mitgestalten zu können. Informatische Grundbildung ist Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben, aber auch von Bedeutung für die Berufsorientierung und die Behebung des Fachkräftemangels“, ergänzt Moritz Promny. Der bildungspolitische Sprecher bekräftigt in diesem Zusammenhang seine Forderung nach einem flächendeckenden, verpflichtenden Schulfach Informatik. „Das von der Landesregierung nur an wenigen Schulen als Modellversuch eingeführte Fach Digitale Welt greift viel zu kurz. Auch wenn im kommenden Schuljahr ein paar Schulen hinzukommen, bleibt es ein Fake-Fach. Nur ein Schulfach Informatik kann die notwendigen Kompetenzen vermitteln“, betont Promny. Er fordert darüber hinaus einen schnelleren Abfluss der Mittel aus dem Digitalpakt Schule. „Dann wäre es um die Digitalisierung an Hessens Schulen deutlich besser bestellt.“

Sorge bereitet Promny nach wie vor auch der Lehrkräftemangel: „Mehr als 2.000 Planstellen waren an den Schulen zu Beginn des vergangenen Schuljahres unbesetzt, mehr als 10.000 Lehrkräfte waren nicht voll für die jeweilige Schulform ausgebildet. Zudem sind die Quereinstiegsprogramme des Landes leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein“, stellt Promny fest. Lösungen sehen die Freien Demokraten in einer Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs, zum Beispiel durch Entbürokratisierung, sowie im Ausbau multiprofessioneller Teams und von Nachqualifizierungsprogrammen. „Das Grundschullehramt wird zudem attraktiver, wenn eine Gehaltseinstufung in A13 bereits früher erfolgt als geplant“, meint Promny und wirbt für A13 von 2026 an.

Dem stimmt der VBE-Landesvorsitzende Wesselmann zu, schließlich fordere der VBE seit vielen Jahren die gleiche Besoldung. Der Lehrkräftemangel belaste zudem umfassend alle Grund- und Förderschulen. Die Schulen der Sekundarstufen I und II spürten diesen besonders in Mangelfächern wie Physik und Chemie, aber auch Kunst und Musik. Dass es auch noch Bedarf an Informatik-Lehrkräften gebe, sei möglicherweise der Grund dafür, dass Hessen Informatik allenfalls als Wahlpflichtfach anbiete und den Modellversuch Digitale Welt eingeführt habe. „Ein Jahr vor einer Landtagswahl wird ein neues Fach eingeführt, was sich gut anhört, aber für das im laufenden Betrieb erst ein Lehrplan erstellt und das Personal qualifiziert werden muss. Und nach nicht mal einem Jahr soll es sogar schon evaluiert sein. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt“, stellt Wesselmann fest.

Die Menschen, die unterrichten, ohne ausgebildete Lehrkraft zu sein, würden gebraucht. Andererseits bedeute deren Einsatz aber auch zusätzliche Belastungen für die ausgebildeten Lehrkräfte, die hier unterstützen müssten. Nur ein kleiner Teil dieser Personen befinde sich überhaupt in einem Quereinstiegsprogramm und würde nachqualifiziert, sagt Wesselmann. Vor dem Hintergrund der Herausforderungen durch immer individuellere Förderung, Inklusion sowie Integration von Kindern und Jugendlichen nicht-deutscher Herkunftssprache sei der Lehrkräftemangel besonders dramatisch.

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de